Amt für Kultur und Freizeit

NÜRNBERG

Einmischen und Mitgestalten
Teilhabe stärken für mehr Miteinander

7. Nürnberger Integrationskonferenz
Samstag, 6.10.2018

DOKUMENTATION

Impressum

Einmischen und Mitgestalten - Teilhabe stärken für mehr Miteinander
7. Nürnberger Integrationskonferenz
Samstag, 6.10.2018

Veranstalterin und Herausgeberin:
Stadt Nürnberg / Koordinierungsgruppe Integration
in Kooperation mit dem Nürnberger Rat für Integration und Zuwanderung.

Redaktion:
Thomas Müller, Amt für Kultur und Freizeit / Koordination Integrationsprogramm
Gewerbemuseumsplatz 1
90403 Nürnberg
Tel.: 09 11 / 2 31- 85 23
E-Mail: Kontaktformular
www.integration.nuernberg.de

Protokolle der Workshops: Ann-Sofie Beuerle, Bettina Frankerl, Lisa Lorenz, Carmen Sommer, Nicola Völkel, Büro PLANWERK

Fotos: Karl-Friedrich Hohl

Einmischen und Mitgestalten
Teilhabe stärken für mehr Miteinander
7. Nürnberger Integrationskonferenz

Die 7. Nürnberger Integrationskonferenz fand am Samstag, 06.10.2018, im südpunkt in Nürnberg statt. Veranstalterin war die Stadt Nürnberg / Koordinierungsgruppe Integration in Kooperation mit dem Nürnberger Rat für Integration und Zuwanderung. An der Integrationskonferenz haben über 200 Interessierte teilgenommen und Ideen für die gleichberechtigte Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger in Nürnberg entwickelt.

Begrüßung und Grußwort

Begrüßung: Jürgen Markwirth, Leiter Amt für Kultur und Freizeit, und Dimitrios Krikelis, Vorsitzender Nürnberger Rat für Integration und Zuwanderung

Jürgen Markwirth begrüßt für die städtische Koordinierungsgruppe Integration die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz. Er erinnert an die 6. Integrationskonferenz als eine wichtige Etappe in der Fortschreibung der Leitlinien zur Integrationspolitik. Der Nürnberger Stadtrat hat die neuformulierten Leitlinien im Juli 2018 beschlossen und damit für die nächsten Jahre den Handlungsrahmen im Bereich Integration für die Stadt Nürnberg definiert. Die Leitlinien sind ein Ausdruck davon, dass wir uns in der Stadt auf bestimmte Haltungen verständigen, die quer durch die demokratischen Parteien auf Zustimmung stoßen. Das Motto der Leitlinien lautet „Vielfalt schätzen, Teilhabe stärken, Zukunft gestalten.“ Mit dem Thema „Teilhabe stärken für mehr Miteinander“ befasst sich die Integrationskonferenz mit dem in den Leilinien vorgegebenen Ziel einer gleichberechtigen Teilhabe. Auch bei der Bewerbung Nürnbergs zur Kulturhauptstadt 2025 ist das Miteinander ein gesetztes Ziel. „evolving community – Miteinander als Ziel“ lautet eines der drei Themen, die Nürnbergs Vision für die Kulturhauptstadt widerspiegeln.

Herr Markwirth berichtet weiter über die Erkenntnisse der Berichte zur Interkulturellen Öffnung der Stadtverwaltung. Hier wurde zum einen deutlich, dass die Öffnung im Bereich des Personalwesens verbessert werden muss. Zum anderen lautet die Herausforderung, Menschen zu motivieren, sich an Beteiligungsprozessen zu beteiligen. Hier ist viel Nachdenken notwendig, die Konferenz bietet hierzu die Möglichkeit.

Dimitrios Krikelis, Vorsitzender Nürnberger Rat für Integration und Zuwanderung begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Er bedauert, dass wir in der Gesellschaft wenig Miteinander finden aber dafür viel Gegeneinander. Respekt ist zu einem Fremdwort geworden und die Vielfalt wird als ein Nebeneinander gepflegt. Wünschenswert wäre jedoch ein respektvolles Miteinander, Zum Thema Teilhabe betont er die positive Rolle der Gewerkschaften, die schon zu Zeiten der Gastarbeiterzuwanderung allen die Teilnahme an Betriebsratswahlen ermöglichten. Er mahnte das kommunale Wahlrecht für alle in der Stadt lebenden Menschen an, um bei kommunalen Themen mit entscheiden zu können.

Ingo Siebert, Landeskommission Berlin gegen Gewalt, Stadtsoziologe und Referent der Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Beteiligung, Teilhabe, Gleichstellung

Ingo Siebert erklärt in seinem Vortrag die Begriffe Beteiligung, Teilhabe, Gleichstellung aus stadtsoziologischer Sicht und verdeutlicht sie exemplarisch mit praktischen Erfahrungen. Er war an der Herausgabe des Handbuchs Partizipation der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin beteiligt. In seiner derzeitigen Funktion als Referent der Senatsverwaltung für Inneres und Sport ist Herr Siebert für die urbane Sicherheit zuständig. Sicherheit ist dabei nicht nur bezogen auf Gewalt oder Kriminalität, sondern auch auf Sicherheit im sozialen Kontext.

In seinem Vortag erläutert er, wie ein soziales Zusammenleben in Städten möglich ist. Er sieht die Stadt als „Integrationsmaschine“. Eine Stadt integriert ständig Menschen aus unterschiedlichen Bereichen, die in der Stadt „ihr Glück machen wollen“. Herr Siebert bezieht sich dabei auf Georg Simmel als „Begründer der Stadtsoziologie“. Dieser hatte als Merkmal urbanen Lebens benannt, dass die „Blasiertheit“ und Reserviertheit der Stadtbevölkerung ein wichtiges Element ist, weshalb Menschen in der Stadt weitgehend so leben können, wie sie wollen. Spezifische Instrumente ermöglichen diese Integrationsmaschine insbesondere in den europäischen Städten:

1. Es gibt Regulierung in der Stadt für eine staatlich gesteuerte Daseinsvorsorge (z.B. sozialer Wohnungsbau).

2. Eine Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sucht die Gefahren für einen sozialen Abstieg abzufedern.

3. Soziale Arbeit begleitet und fördert die soziale Mischung in den Städten.

Seit den 1990er Jahren ist die Integrationsmaschine jedoch ins Stocken geraten. Ein Grund dafür sind die Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt mit der Folge, dass in den Quartieren Entmischungen stattfinden. Bei dieser Fragmentierung der Stadt bilden sich soziale Ungleichheiten sozialräumlich sehr kleinteilig ab. Die Milieus verteilen sich schwerpunktmäßig und ein gesamtstädtischer Zusammenhalt ist gefährdet, wenn sich die Gesamtstadt von diesen kleinteiligen Milieus abzukoppeln droht. Herr Siebert sieht dennoch die europäische Stadt als ein soziales Entwicklungsmodell, in dem es Ghettos - wie sie etwa in amerikanischen Städten existieren - nicht gibt.

Herr Siebert umriss im Weiteren die Begriffe Beteiligung, Teilhabe und Gleichstellung. Beteiligung interpretiert er als Beteiligung an demokratischen Entscheidungsprozessen. Wie kommen politische Entscheidungen in der Stadt zustande? Wie können Diskurse und demokratische Kultur im öffentlichen Raum gestaltet werden? Bürgerbewegungen oder soziale Bewegungen haben etwa durch Runde Tische Aushandlungsprozesse zwischen Regierung und Zivilgesellschaft geprägt. Zentral ist dabei die Aushandlung des Verhältnisses von repräsentativer Demokratie und Partizipation. Partizipation wird dabei verstanden als Entwicklungsprozess.

Teilhabe interpretiert Herr Siebert als soziale Teilhabe. Bevor ich mich beteiligen kann, muss ich das Gefühl haben, dass ich Teil dieser Gesellschaft bin und Zugang zu den Ressourcen dieser Gesellschaft habe. Nach Martin Kronauer beschreibt Herr Siebert Teilhabe mit dem Bild von Inklusion und Exklusion. Inklusion ist Teilhabe beispielsweise durch finanzielle Mittel, durch Macht, soziale Anerkennung, Bildung oder Arbeitsmarktchancen. Bei dieser Teilhabe können vier Ausprägungen unterschieden werden, von voller Inklusion über sichtbare Teilhabe und Marginalisierung bis hin zu Exklusion und Abwertung. Man kann dieses Bild von Inklusion und Exklusion auf verschiedene gesellschaftliche Systeme übertragen. Beispielsweise haben Bildungsarbeiter/-innen oder Künstler/-innen ein hohes Bildungskapital und sind integriert in kulturelle Systeme, arbeiten aber in finanzieller Hinsicht oft am Existenzminimum.

Gleichstellung interpretiert Herr Siebert als gesellschaftliche Gleichstellung durch Herstellung von Chancengleichheit und Abbau von Diskriminierung. Ökonomische Exklusion reicht nicht aus, um Ausgrenzungsmechanismen zu beschreiben, Ausgrenzung findet statt in Wechselwirkung zu Geschlecht, Ethnizität oder sexualer Orientierung etc. Identitätspolitiken oder Empowerment sind dabei wichtig, um Menschen, die nicht dieselben Teilhabechancen haben, dabei zu unterstützen, ihre Anliegen durchzusetzen und Gleichheit herzustellen.

Marginalisierte oder gar abgehängte Milieus sind allerdings nur sehr schwer zu mobilisieren, sich für ihre Interessen einzusetzen. Enttäuschte und autoritäre Milieus aus der gesellschaftlichen Mitte sind ebenso eine große Herausforderung, da sie eine andere Vorstellung von Demokratie haben.

Herr Siebert regt eine Demokratisierung aller Lebensbereiche in der Stadt an. Angefangen von der Kita bis zum Wohnstift für ältere Menschen ist zu fragen, wie dort Demokratie funktioniert. Wo grenzen wir noch aus, wo beteiligen wir schon die Menschen, wie werden Entscheidungen in den einzelnen Institutionen getroffen? Demokratie ist mehr als repräsentative Demokratie, mehr als Parlamentarismus.

Herr Siebert betont zum Abschluss die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Aneignung von öffentlichen Räumen und Gütern durch selbstorganisierte Formen wie Genossenschaften, um über Milieugrenzen hinweg die Stadt gemeinsam zu gestalten.

Das Video des Vortrags von Ingo Siebert finden Sie hier.

Ferda Ataman, neue deutsche organisationen, Berlin

Wir müssen uns mehr einmischen und sichtbarer werden!

Die Journalistin Ferda Ataman ist in Nürnberg aufgewachsen und lebt in Berlin. In ihrem Impulsvortrag nimmt sie - durchaus persönlich gefärbt - aus einer postmigrantischen Perspektive zu den aktuellen Entwicklungen in Sachen Integrations- und Gesellschaftspolitik Stellung und erläutert, welche Instrumente aus ihrer Sicht auf dem Weg zu mehr Teilhabe unerlässlich sind.

Frau Ataman ist seit 2017 Sprecherin und Vorsitzende der „neuen deutschen organisationen“. Die „neuen deutschen organisationen“ haben sich 2015 zum ersten Mal getroffen und sind inzwischen ein Netzwerk von rund 100 Initiativen aus ganz Deutschland. Sie engagieren sich für ein weltoffenes Deutschland, für ein gerechtes Bildungssystem und gegen Rassismus und sie nennen sich gerne „Bindestrich-Deutsche, die mit dem Migrationsextra in der Statistik.“

Die Organisationen bezeichnen sich bewusst als „neue deutsche organisationen“, weil sie von hier sind, sie sehen sich aber durchaus in der Tradition der Migrantenvereine. Gemeinsam mit den erfahrenen Migrantenorganisationen setzen sie sich ein für Gleichstellung und streiten gegen Diskriminierung und Rassismus.

Frau Ataman erläutert, dass Meinungsumfragen seit 30 Jahren einen Anteil von 15-20 Prozent der Bevölkerung mit einer ausländerfeindlichen Einstellung messen. Wenn wir derzeit einen neuen Rechtsruck erleben, so ist er neu eher in der Politik als in der Bevölkerung. Dass viele Menschen glauben, der Rechtsruck in der Bevölkerung sei neu, sieht sie ein bisschen auch als eigenen Fehler. Die Migrationsgesellschaft hat sich zu lange nicht laut beschwert über den Rassismus in der Gesellschaft, sie hat sich brav auf die Idee der Bringschuld eingelassen: Wenn wir uns gut integrieren, werden wir auch auf Augenhöhe behandelt. Das werden wir aber nicht.

So lange es die Bundesrepublik gibt, gibt es hier auch Migrantinnen und Migranten. Trotzdem finden sie sich in nicht in allen Bereichen wieder: In Behörden, Parteien, Wohlfahrtsverbänden, in den Lehrerzimmern, den Redaktionen von Medien, in wichtigen entscheidenden Gremien sind oft noch „weiße“ Deutsche unter sich. Mit „weiß“ ist dabei nicht die Hautfarbe gemeint, sondern Menschen, die als „Deutsch“ wahrgenommen werden. Rassismus bedeutet für die „neuen deutschen organisationen“ nicht nur Alltagsrassismus, der einem im Gespräch begegnet. Sondern insbesondere struktureller Rassismus, über den in Deutschland viel zu wenig gesprochen wird. Mit dem Beispiel ihrer eigenen Schulgeschichte erläutert Frau Ataman etwa die Tendenz, Kinder aus Einwandererfamilien nicht aufs Gymnasium schicken zu wollen. Das Wort Rassismus mag schmerzen, aber es funktioniert nicht, von Fremdenfeindlichkeit zu reden. Denn Fremde sind die in Deutschland Geborenen nicht, sie werden zu Fremden gemacht.

Frau Ataman stellt Standpunkte und Forderungen der „neuen deutschen organisationen“ vor.

Die „neuen deutschen organisationen“ fordern: „Wir wollen selbst entscheiden, wie wir bezeichnet werden.“ Zum Beispiel nicht als Menschen mit Migrationshintergrund.

Die „neuen deutschen organisationen“ fordern: „Wir brauchen ein klares Bekenntnis zur Einwanderungsgesellschaft, ein neues Einwanderungsgesetz muss das berücksichtigen.“
Von der Politik wünschen sich die „neuen deutschen organisationen“ ein klares Bekenntnis zur Einwanderungsgesellschaft, sie wollen keine Integrationspolitik, sondern eine Gesellschaftspolitik für alle. Integrationspolitik bedeutet auch immer, dass Maßnahmen gegen Rassismus inbegriffen sind.

Die „neuen deutschen organisationen“ fordern Repräsentation und Zugänge: „People of Color müssen sichtbar werden.“ Sie wollen keine Behörden, staatlichen Unternehmen, Parlamente, Gremien, Rundfunkräte, Wohlfahrtsverbände usw., in denen fast nur „weiße Deutsche“ sichtbar sind. Die Teilhabe von Menschen mit Minderheitenmerkmalen sollte – auf allen Ebenen – selbstverständlich und sichtbar sein. Nur ein Migrationshintergrund ist jedoch nicht das Kriterium, es sollen auch rassismuskritische Menschen sein.

Die „neuen deutschen organisationen“ fordern ein reformiertes Bildungssystem. In einem reformierten Bildungssystem muss im Unterricht die Geschichte des Einwanderungslands Deutschland präsenter werden und Lehrpläne müssen auf die Alltagsprobleme im Zusammenleben eingehen.

Zuletzt fordern die „neuen deutschen organisationen“ ein neues Selbstverständnis von „Deutschsein“. Deutschsein soll man unabhängig von Herkunft und Abstammung definieren.
Frau Ataman fordert zudem einen souveränen, selbstbewussteren Umgang von Politik und Medien mit Rechtspopulisten. Es darf keinen Kuschelkurs mit rechtsradikalen Parteien geben.

Für die sichtbaren Vertreterinnen und Vertreter der Einwanderungsgesellschaft, gilt es, nicht nur zu diskutieren sondern sich aktiv in die Strukturen wie zum Beispiel Parteien einzubringen.

Das Video des Vortrags von Ferda Ataman finden Sie hier.

Ferda Ataman, Dr. Ulrich Maly, Ingo Siebert

Teilhabe im Gespräch

Moderiert von Dr. Meltem Kulaçatan sprechen Ferda Ataman, Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly und Ingo Siebert über die Anregungen der beiden Referate des Vormittags.

In einer ersten Runde ging es dabei um die Bewerbung Nürnberger zur Kulturhauptstadt Europas 2025. Wie kann die Vision der Metropolregion mit Blick auf Teilhabe und Partizipation als Kulturhauptstadt aussehen? Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly erläutert die Gründe für die Bewerbung. Kulturhauptstadt bedeutet nicht eine Reihe von Vernissagen und Konzerten, sondern es geht dabei um die großen Themen, die Stadtgesellschaften Mitte des nächsten Jahrzehnts umtreibt. Diese Fragen sollen mit den Mitteln von Kunst und Kultur durchdrungen werden.

Ein Querschnittsthema dabei ist Europa. Europa als politische Idee steckt in der Krise. Zahlreiche Parteien und Bewegungen in europäischen Ländern und auch in der Bundesrepublik Deutschland streben auch vor dem Hintergrund weltweit steigender Zahlen von Migration eine „Ver-Renationalstaatlichung“ an. Von identitären Bewegungen wird vermeintliche Gleichheit zur Identität umetikettiert und Verschiedenheit wird als Ungleichheit diskreditiert zitiert Herr Dr. Maly Carolin Emcke. Das reiche Europa wird aber auch in 15 Jahren ein Sehnsuchtsort von Menschen sein. Darauf nur mit Grenzmanagement zu reagieren, wird die Lösung nicht sein.

Ein Querschnittsthema der Bewerbung zur Kulturhauptstadt Europas ist auch Transkulturalität in einer superdiversen Stadtgesellschaft. Kultur wird hier nicht als in sich abgeschlossene Kugel, in die man durch Assimilation aufgenommen wird, betrachtet, sondern als Kultur, in der sich Identität aus diversen „eigenen“ und „fremden“ Elementen gleichermaßen formt.

Zur Teilhabe bei der Bewerbung um den Titel Kulturhauptstadt betont Herr Dr. Maly, dass nicht nur das klassische Instrumentarium von Partizipation eingesetzt wird. Es muss auch entschieden darauf geachtet werden, wie divers welches Gremium im Bewerbungsprozess zusammengesetzt ist. Kulturhauptstadt kann so ein Laboratorium zur Weiterentwicklung der Demokratie sein.

Frau Ataman sagt auf die Frage, was sie sich für die partizipative Gestaltung der Stadtgesellschaft wünscht, dass man dahin geht, wo es weh tut und mit Rechtspopulisten spricht, mit denen man auf der bundesdeutschen Ebene eher nicht spricht. Für Herrn Dr. Maly gibt es allerdings keinen Grund, mit gewählten Vertreterinnen und Vertretern solcher Organisationen Allianzen einzugehen. Der Dialog darf aber den Wählerinnen und Wählern dieser Gruppierungen nicht verweigert werden.

Herr Siebert regt an, demokratische Aushandlungsprozesse zu leben. Diese Art von Partizipation kann beispielsweise bei der Gestaltung von öffentlichen Räumen und Plätzen besser funktionieren, wenn man versucht, alle Milieus (und hier sind explizit nicht nur migrantische Milieus gemeint) anzusprechen und für diese Prozesse zu gewinnen. Hier müssen neue Strategien und Projekte entwickelt werden, beispielsweise durch aufsuchende politische Beteiligung. Man muss aber in der Lage sein, Ideen, die so generiert werden, anschließend auch in Politik umzusetzen.

Diskutiert wurde abschließend über die Frage von Ghettos in Deutschland. Die Konzentration von bestimmten Gruppen an bestimmten Stellen darf nicht zu Panik führen, solange integrative Instrumente einer Stadtgesellschaft greifen, wie das Organisieren von Teilhabe und sozialer Eingebundenheit. Eine Gefahr besteht jedoch, wenn bestimmte Stadtgebiete - von der Stadtpolitik verlassen - sich selbst überlassen bleiben.

Das Video der Gesprächsrunde finden Sie hier.

Dr. Meltem Kulaçatan, Prof. Dr. med. Kneginja Richter, Hedwig Schouten

Ich bin hier – Erfahrungen beim Einmischen und Mitgestalten

Moderiert von Gülay Incesu-Aşar geben Dr. Meltem Kulaçatan, Prof. Dr. med. Kneginja Richter und Hedwig Schouten zum Abschluss der Konferenz einen persönlichen Einblick in ihre Erfahrungen beim Leben in Deutschland.

Frau Dr. Kulaçatan ist in Deutschland geboren und aufgewachsen. Sie studierte an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Moderner Vorderer Orient und Islamische Religionslehre. Seit September 2015 ist sie an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachbereich Erziehungswissenschaft, Pädagogik der Sekundarstufe mit Schwerpunkt Islam beschäftigt.

Frau Prof. Dr. med. Richter ist in Mazedonien geboren, hat dort Medizin studiert und ist 1994 nach Deutschland gekommen. Seit 2010 ist die Oberärztin Migrationsreferentin am Klinikum Nürnberg und ist zudem als Professorin für das Lehrgebiet Medizin, Sozialmedizin, Migration und Gesundheit an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Technischen Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm tätig.

Frau Schouten ist in den Niederlanden geboren und aufgewachsen, sie hat "Internationale Beziehungen und internationale Organisation" an der Universität Groningen, Niederlande, studiert. Seit Oktober 2016 ist sie die Frauenbeauftragte der Stadt Nürnberg.

Die drei Frauen haben in Deutschland und Nürnberg positive und negative Erfahrungen gemacht. Wie viele Frauen fühlen sie sich in der Gesellschaft oft eher als Frau benachteiligt und nicht so sehr in Bezug auf ihren Migrationshintergrund.

Diskriminierungserfahrungen hat Frau Dr. Kulaçatan, die in Deutschland geboren und aufgewachsen ist, als Kind und Jugendliche bezogen auf ihr Geschlecht als auch auf ihren Migrationshintergrund erleben müssen. Sie nennt hier als Beispiel die Zuschreibung bei einem Schulgespräch ihrer Eltern: „Sie kommen aus der Türkei, bei Ihnen heiraten die Mädchen spätestens mit 15 Jahren und ihre Tochter wird maximal Friseurin“. Positiv hat sie aber erfahren, dass die Ermutigung durch einzelne Lehrerinnen und Lehrer ihr später entscheidende Impulse zu einem erfolgreichen Lebensweg gegeben haben.

Nachteile sieht Frau Prof. Dr. med. Richter, die nicht in Deutschland aufgewachsen ist, in den sprachlichen Herausforderungen zu Beginn ihres Daseins in Deutschland. Dies konnte dann auch durchaus zu Diskriminierungserfahrungen führen, wenn ein Gegenüber misstrauisch reagiert und Vorurteile spürbar werden. Frau Prof. Dr. med. Richter musste diese Erfahrung von Misstrauen auch bezogen auf ihren ausländischen Studienabschluss machen. Nahestehende Freunde und Kolleginnen und Kollegen unterstützen sie aber in ihrem Werdegang. Wenn man das Gefühl hat benachteiligt oder diskriminiert zu werden, soll man alles tun, nur nicht schweigen, ist ihr Rat.

Frau Schouten hat auch als EU-Bürgerin im beruflichen Werdegang keine Benachteiligungen erlebt. Lediglich dadurch, dass sie die deutsche Sprache neu lernen musste, hat sie sich manchmal selbst Hürden in den Weg gelegt. Ihre Erkenntnis aus der Diskussion ist insbesondere, dass Benachteiligung auf Grund der ethnischen Herkunft die Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts verstärken. Dieser intersektionelle Ansatz ist für sie in ihrer Tätigkeit als Frauenbeauftragte bedeutsam.

Durch Ihre beruflichen Positionen sehen sich die drei Frauen als Vorbild gerade auch für jüngere Menschen mit Migrationshintergrund, beruflich höhere Positionen zu erreichen. Eine Erfahrung ist aber auch, dass je höher man in der Karriere kommt, desto mehr eine unterschwellige diskriminierende Haltung im Umfeld spürbar ist.

Als ein Fazit bleibt: „Wenn wir etwas geschafft haben, dann trotz der Strukturen.“

Workshops

Workshop 1: Teilhabe in der Stadtentwicklung

Helke Wendt-Schwarzburg vom inter 3 Institut für Ressourcenmanagement Berlin, Projektkoordinatorin, und Dr. Rajya Karumanchi-Dörsam, Teilnehmerin, stellen das Mannheimer Projekt „Willkommene Perspektiven – Migrants4Cities“ vor. Bei dem durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projekt werden in einem mehrstufigen Urban Design Thinking Prozess mit 20 hochqualifizierten Migranten/-innen sowie Themenpaten aus Wirtschaft und Verwaltung ko-produktiv Lösungen für eine nachhaltige Stadtentwicklung Mannheims entwickelt. Moderiert wird der Workshop von Phillip Meinardus, Büro PLANWERK.

Die Themenfelder Arbeiten, Wohnen, Mobilität, Zusammenleben und Mitmachen wurden aus dem Leitbildprozess der Stadt vorgegeben. In bisher 9 Workshops, sog. Urban Labs, wurde je Themenfeld eine konkrete Projektidee entwickelt, die Problemstellungen aller Mannheimer/-innen im Blick hat. Die Fokussierung auf hochqualifizierte Migranten/-innen für den ko-produktiven Beteiligungsansatz wurde bewusst gewählt, um zum einen einer in der Beteiligung sonst unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppe Raum zur Partizipation zu gewähren. Zum anderen, um mit diesem ressourcenorientierten Ansatz vom Erfahrungsreichtum von Menschen mit internationaler Biografie zu profitieren und ganz bewusst auf diese Stärke in der Öffentlichkeit aufmerksam zu machen.

In der sich anschließenden Diskussion wird über das Projekt und insbesondere seine Übertragbarkeit auf andere Kommunen diskutiert. Die Fokussierung auf 20 hochqualifizierte Migranten/-innen ist eines der Hauptthemen. Es werden von Seiten der Workshop-Teilnehmer/-innen Familien unter den Projektteilnehmer/-innen vermisst und die Nichtrepräsentativität sowie geringe Größe der Gruppe angesprochen. Repräsentativität war nie Anspruch der Projektleitung, die Teilnahme von Familien gestaltet sich auf Grund der Häufigkeit und Intensität der Workshops

schwierig. Die kontinuierliche Mitarbeit im Ehrenamt stellt insgesamt eine Herausforderung dar. Von den 20 Teilnehmenden am Projekt nahmen in Mannheim etwa 8-10 Personen an allen Workshops teil. Die Methodik des Urban Design Thinkings erfordert eine Beschränkung der Gruppengröße.

Neben der Gruppenzusammensetzung wird auch das Thema der Ansprache von Migranten/-innen in Bezug auf Stadtentwicklungsprozesse und die Einbindung in eben diese thematisiert. Die Erfahrung der Workshop-Teilnehmer/-innen zeigt, dass die üblichen Kommunikationswege über Presse, Mitteilungsblätter und Plakate zur Erreichung der Zielgruppe nicht ausreichend sind. Eine Anregung ist, verstärkt über Multiplikatoren sowie Online-Kanäle zu kommunizieren, v.a. aber die wertschätzende Ansprache zur Chef/-innensache zu machen. Allgemein wird festgestellt, dass bei der Kommunikation von Stadtentwicklungsprozessen verstärkt auf Transparenz gesetzt werden sollte.

Relevant für die Workshop-Teilnehmenden ist auch die Verstetigung des Projektes in der Verwaltung. Als eine der wichtigsten Voraussetzungen einer erfolgreichen Umsetzung der Projektideen vor Ort hat sich die regelmäßige Teilnahme der Stakeholder/Themenpaten/-innen in den Arbeitsgruppen der Urban Labs herausgestellt. Da der Prozess noch nicht abgeschlossen ist, kann jedoch noch keine abschließende Aussage zur Verstetigung getroffen werden. Das für das Projekt Migrants4Cities gewählte Vorgehen stellt hohe Anforderungen sowohl an die Organisation, als auch an die Teilnehmer/-innen und Verwaltungsmitarbeiter/-innen, ermöglicht aber auch eine tatsächliche Ko-Produktion.

Informationen über das Projekt: www.migrants4cities.de

Die Präsentation von Frau Wendt-Schwarzburg finden Sie hier.

Workshop 2: Politische Teilhabe

Dr. Henriette Litta, Leiterin des Bereichs Geschäftsführung und Stabstelle Organisationsentwicklung des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration, stellt die aktuellen Ergebnisse der Studie „Schwarz, rot, grün – welche Partei gefällt Zuwanderinnen und Zuwandern am besten?“ vor. Fragen dazu werden in einer anschließenden dynamischen Frage-Antwort-Runde diskutiert. Im zweiten Teil des Workshops entwickeln die Teilnehmer/-innen in zwei Rollenspielen selbst Ideen und Strategien zur Stärkung der politischen Teilhabe. Moderiert wird der Workshop von Réka Lőrincz, Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns.

Zu Beginn des Workshops fragt Frau Lőrincz anhand einer soziometrischen Aufstellung in Kürze die Hintergründe und die Motivation der Teilnehmer/-innen ab. Die Mehrheit ist als Hauptamtliche anwesend, glaubt die politische Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund beeinflussen zu können und darf am 14.Oktober bei der Landtagswahl wählen gehen. Anhand eines Positionsbarometers von 1 bis 10 wird weitgehend die eigene politische Beteiligungsmöglichkeit als „positiv“ bewertet.

Frau Dr. Litta wirkte zum zweiten Mal an der Studie „Schwarz, rot, grün – welche Partei gefällt Zuwanderinnen und Zuwanderern am besten?“ mit. Ziel der Forschung ist es die „gefühlte Integration“ in Deutschland mittels Telefonbefragung zu untersuchen. Seit dem Jahr 2016 wird die Parteipräferenz der Personen mit Migrationshintergrund, ob wahlberechtigt oder nicht, erfragt und analysiert. Die Gegenüberstellung der Auswertungsergebnisse von 2016 und 2018 zeigt eine deutliche Änderung: wurde im Jahr 2016 „Mitte-links“ bevorzugt, stehen 2018 eher konservative Parteien an der Spitze. Des Weiteren zeigt sich bei der Unterscheidung der Menschen mit Migrationshintergrund nach Herkunft und Aufenthaltsdauer in Deutschland: je länger die Personen hier leben, desto größer wird das in Frage kommende Parteienspektrum. Basierend auf diesen Ergebnissen leitet Frau Dr. Litta ab, dass die zunehmende Volatilität der Bevölkerung auch bei den untersuchten Zielgruppen festzustellen ist.

Zur Stärkung der politischen Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund rückt in den Fokus zukünftiger Parteiarbeit das Kennenlernen der Communities der unterschiedlichen Herkunftsgruppen, die Teilhabe von Frauen an der Politik, der Abbau von Barrieren und das Schaffen von Wissen durch Forschung.

Die anschließende Diskussionsrunde leitet Frau Lőrincz mit Kennziffern deutscher Politik ein: etwa 8% der Bundestagsabgeordneten sind Personen mit Migrationshintergrund, im bayerischen Landtag (Stand vor der Landtagswahl 2018) sind lediglich 2 Personen mit Migrationshintergrund vertreten.

Wie ist das Interesse der Parteien an den Ergebnissen der vorgestellten Studie?
Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration hat die Studie an politische Vertreter/-innen verschickt. Das Interesse bei den Parteien ist groß. Aktuell werden die Ergebnisse in Gremien vorgestellt und diskutiert.

Warum hat sich die Parteipräferenz in den vergangenen zwei Jahren geändert?
Im Rahmen der Studie wurde nicht explizit nach den Gründen der Parteipräferenz gefragt. Hierzu hat die Universität Duisburg-Essen eine spezielle Studie veröffentlicht. (https://www.uni-due.de/migrantenwahlstudie)

In der zweiten Phase des Workshops erarbeiten die Teilnehmenden in Kleingruppen Ideen und Empfehlungen für Parteien bzw. Kommunen zur politischen Teilhabe von Personen mit Migrationshintergrund. Die Gruppenergebnisse sind auf den drei folgenden Seiten dokumentiert.

Politikberatung für Parteien
Zur Gewinnung von Migranten/-innen als Parteimitglieder braucht es zunächst ein Kennenlernen der Communities. Hier spielen Personen, die als Vermittler/-innen auftreten, eine wichtige Rolle zwischen den Communities und Parteien. Gleichzeitig sollten Parteien die Vorteile und Nutzen einer Partei-Mitgliedschaft sowie die politische Themenvielfalt sichtbar herausarbeiten.
In der Ansprache der Personen sollten einfache Sprache und Begriffe verwendet werden.

Kommunale Beratung
Das politische Engagement von Personen mit Migrationshintergrund kann in der Kommunalpolitik auf unterschiedlichen Ebenen gestärkt werden. Viele Personen sehen keinen Mehrwert in der politischen Teilhabe. Hierfür sollten zukünftig den gewählten Gremien, beispielsweise dem Integrationsrat, mehr Befugnisse und Entscheidungskompetenzen zugesprochen werden. Es wird empfohlen, die Vernetzung zwischen den Communities auszubauen. Auf parteipolitischer Ebene sollten die politischen Vorhaben besser vermittelt werden.

Weitere Informationen zur Studie des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration finden Sie unter: https://www.svr-migration.de/barometer/

Die Präsentation von Frau Dr. Litta finden Sie hier.

KOMMUNALBERATUNG

- Stellenwert / Bedeutung der entspr. Gremien erhöhen
  → Entscheidungskompetenzen
  → Mehrwert?!

Anspruch u. Wirklichkeit

- Zielgruppe muss besseren Zugang zu Informationen haben bzw. bekommen
- Parteien müssen 'moderner' werden!
- Parteien müssen ihre 'Vorhaben' / Absichten besser vermitteln

---

- Es gibt die Absicht die Teilhabe über Gremien zu realisieren.

Anspruch u. Wirklichkeit

- Bessere Vernetzung innerhalb der Community
  ↳ Vermeidung von Zersplitterung

Ursus
100% RECYCLING premiumweiß

▷ Communitys kennen lernen

- Mittler/Vorbildfunktion

Nutzen/Vorteile von Mitgliedschaft erklären/vermitteln?

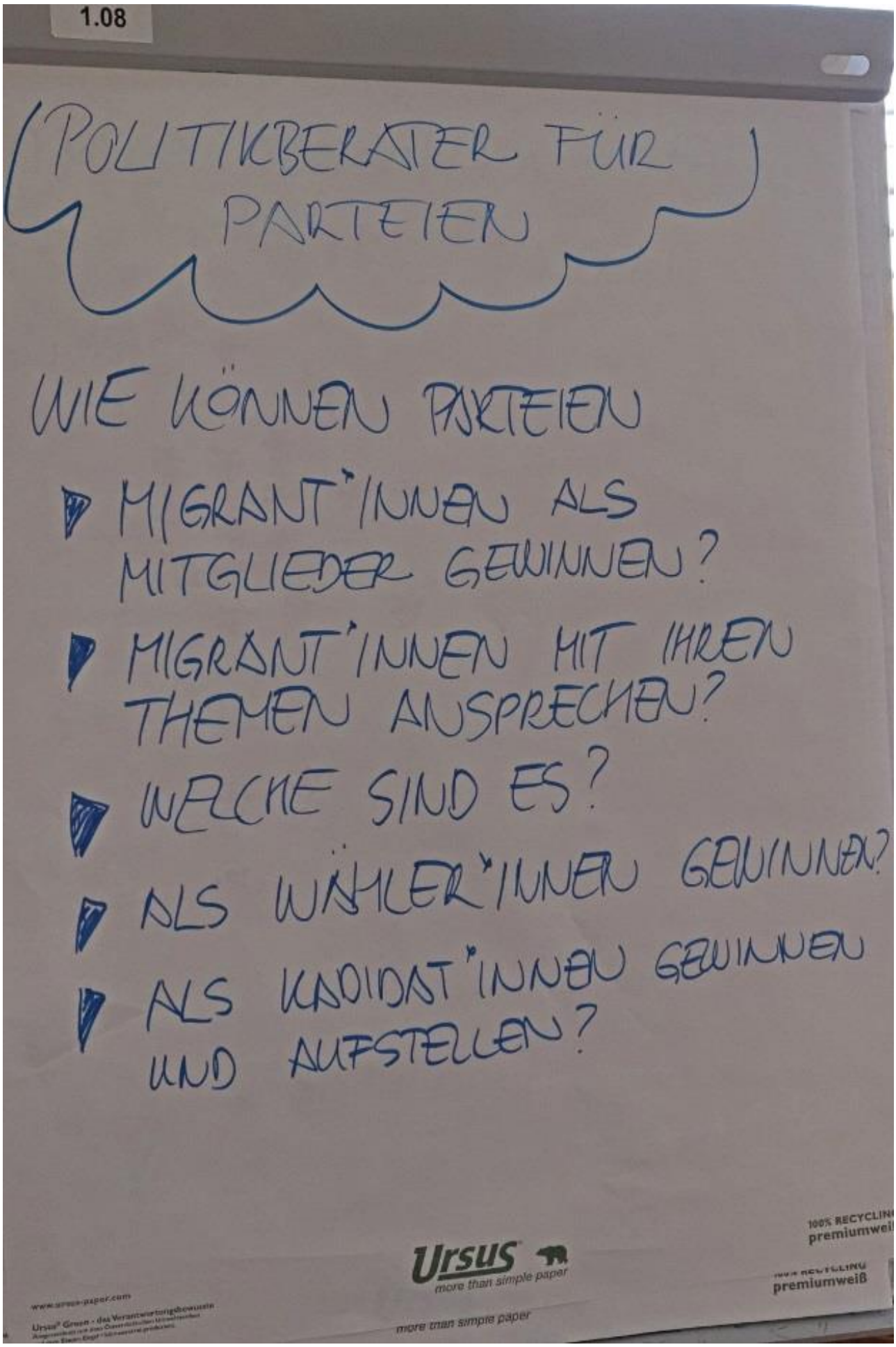
- Ansprache → einfache Sprache
  → Begrifflichkeiten
- nicht nur auf integrationspol. Themen reduzieren

▷ Themenvielfalt sichtbar zu machen

▷ Wiedererkennungsprofil schärfen

▷ Führung
Familienfreundlichkeit
Rollenmuster
Hürden?

100% RECYCL
premiumw
Ursus
more than simple paper


1.08
POLITIKBERATER FÜR PARTEIEN
WIE KÖNNEN PARTEIEN
MIGRANT*INNEN ALS MITGLIEDER GEWINNEN?
MIGRANT*INNEN MIT IHREN THEMEN ANSPRECHEN?
WELCHE SIND ES?
ALS WÄHLER*INNEN GEWINNEN?
ALS KANDIDAT*INNEN GEWINNEN UND AUFSTELLEN?
Ursus
more than simple paper
premiumweiß

Workshop 3: Teilhabe im Sport

In ihren Vorträgen berichten die Referenten/-innen Ingo Wagner, Bildungsreferent im Ressort Integration durch Sport im Bayerischen Landes-Sportverband e.V, Alfred Castano, Taekwondo Özer, und Andrea Ackermann, SportService der Stadt Nürnberg, aus unterschiedlichen Blickwinkeln und Hintergründen über das Thema Teilhabe im Sport. Einig sind sich die drei über die positive Wirkung von Sport auf die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in die gesellschaftlichen Strukturen. Im Sport sind grundsätzlich alle Teilnehmer/-innen gleichgestellt, weshalb auf diese Weise relativ einfach kulturelle Barrieren oder geschlechtsspezifische Konflikte überwunden werden können. Die Schaffung individueller Verantwortlichkeiten beispielweise in Vereinsstrukturen kann ein wertvoller Baustein zur Teilhabe darstellen. Moderiert wird der Workshop von Nasser Ahmed, ehemaliger Schiedsrichter und sportpolitischer Sprecher der SPD-Stadtratsfraktion und Maximilian Müller, Olympiasieger und sportpolitischer Sprecher der CSU-Stadtratsfraktion.

Ingo Wagner erläutert, dass die Zielgruppen für das Programm „Integration im Sport“ besonders sozialraumorientiert seien. Das Programm Integration durch Sport unterstützt seit 30 Jahren Sportvereine und -organisationen mit Beratungen, Konzeptentwicklung, Fortbildungen und Workshops, der Einbindung in Integrationsnetzwerke vor Ort und der finanziellen Förderung von Integrationsmaßnahmen. Motiviert werden Menschen mit Zuwanderungsgeschichte für eine sportbezogene Freizeitgestaltung im Verein, Vereine können wiederum durch sportliche Talente, neue Mitglieder und ehrenamtlich engagierte Übungsleiter/-innen und Vorstände profitieren. Besonders in Vereinen sind Menschen mit Migrationshintergrund sowie auch Frauen häufig unterrepräsentiert. Mittels gezielter Fachberatung und intensiver Netzwerkarbeit wird der Bereich Sport als Katalysator für nachhaltige Integration gestärkt.

Die Präsentation von Herrn Wagner finden Sie hier.

Dass Vereine häufig wertvolle Integrationsarbeit leisten, wird auch am Vortrag von Alfred Castano deutlich. Neben der sportlichen Förderung sind dem Verein auch die Lebensumstände seiner Mitglieder wichtig. Der Verein unterstützt seine Sportler/-innen beispielsweise bei Themen wie Wohnsituation oder Behördenangelegenheiten.

Um das über die rein sportlichen Angelegenheiten hinausgehende Engagement vieler Vereine zu unterstützen, gibt es in Nürnberg den SportService, der den Vereinen bei vielfältigen Fragen zur Seite steht. Andrea Ackermann stellt zusammen mit fünf jungen Männern, die als Geflüchtete nach Deutschland kamen, das Projekt „Kein Abseits im Fußball!“ vor. Ziel des Projektes ist es, vor allem junge Menschen mit dem Vereinsleben in Deutschland vertraut zu machen.

Welche Spannungsfelder sind bei beim Thema Integration durch Sport zu berücksichtigen?
Geschlechterspezifische und kulturelle Hürden sind übergreifende Herausforderungen beim Thema Integration und auch im Sport ein Thema. Durch den meist spielerischen Ansatz beim Sport kann es gelingen, diese zu überwinden.

Welche Unterstützung kann von Ehrenamtlichen erwartet werden und wo gibt es Grenzen?
Die Bereitschaft sich ehrenamtlich im Bereich Integration zu engagieren hat in Deutschland mit der zunehmenden Anzahl Geflüchteter vor allem im Jahr 2015 stark zugenommen. Mittlerweile wird zunehmend deutlich, dass die Aufgaben von (einzelnen) Ehrenamtlichen nicht zu bewältigen sind. In Zukunft sollte stärker darauf geachtet werden das Engagement Ehrenamtlicher effizienter zu nutzen, um Überforderung und eine zu starke Inanspruchnahme zu vermeiden.

Resümee: Sport bietet die Möglichkeit, Integration sehr niederschwellig voranzutreiben. An dieser Herangehensweise sollte festgehalten werden. Auch eine ganzheitliche Betreuung (Betreuung bzgl. verschiedenster Angelegenheiten wie z.B. Wohnen, Ausbildung, Behörden) wie sie durch einige Vereine geleistet wird, hat sich als deutlich hilfreicher erwiesen als eine separate, themenbezogene Unterstützung.

„Der Sport macht sich über die Komplexität des Themas keine Gedanken. Das ist die Chance die der Sport bietet.“ Maximilian Müller, sportpolitischer Sprecher der CSU-Fraktion

Workshop 4: Kulturelle Teilhabe

Kultureinrichtungen können Räume schaffen für kulturelle Teilhabe und damit für die vielfältige Stadtgesellschaft Anziehungspunkt und Aktionsraum werden. Das Staatstheater Nürnberg nimmt teil am Programm „360°- Fonds für Kulturen der neuen Stadtgesellschaft“. Bijan Kafi, Kulturstiftung des Bundes, stellt das Programm vor und Evropi Thomopoulou, Staatstheater Nürnberg, die für Nürnberg geplanten Schwerpunkte. Torsten Groß, Amt für Kultur und Freizeit der Stadt Nürnberg, berichtet über das Projekt „House of Resources“ und erläutert das „Global Art Netzwerk“. Moderiert wird der Workshop von Dr. Marco Puschner, Nürnberger Zeitung.

Als Ausgangsfrage für den Workshop und Impuls zur weiteren Diskussion stellt Herr Dr. Puschner, die Frage, welche Barrieren für kulturelle Teilhabe die Teilnehmenden in ihrem Bereich sehen. Hierbei am häufigsten genannt wird die Sprache als Hemmnis für Teilhabe.

Das Programm 360° mit seiner inhaltlichen Ausrichtung, seinen Möglichkeiten und Grenzen wird von Bijan Kafi, Kulturstiftung des Bundes, beleuchtet. Entscheidend ist für das Programm die Förderung von Kultureinrichtungen, die als Leuchtturmprojekte einen Veränderungsprozess anstoßen können. Kulturelle Vielfalt soll in den drei Bereichen Personal, Programm und Publikum angestrebt werden. Das Erreichen dieses Ziels erfordert einen Prozess, in dem unterschiedliche Methoden und Modelle frei erprobt werden können. Die Präsentation des Vortrags von Herrn Kafi finden Sie hier.

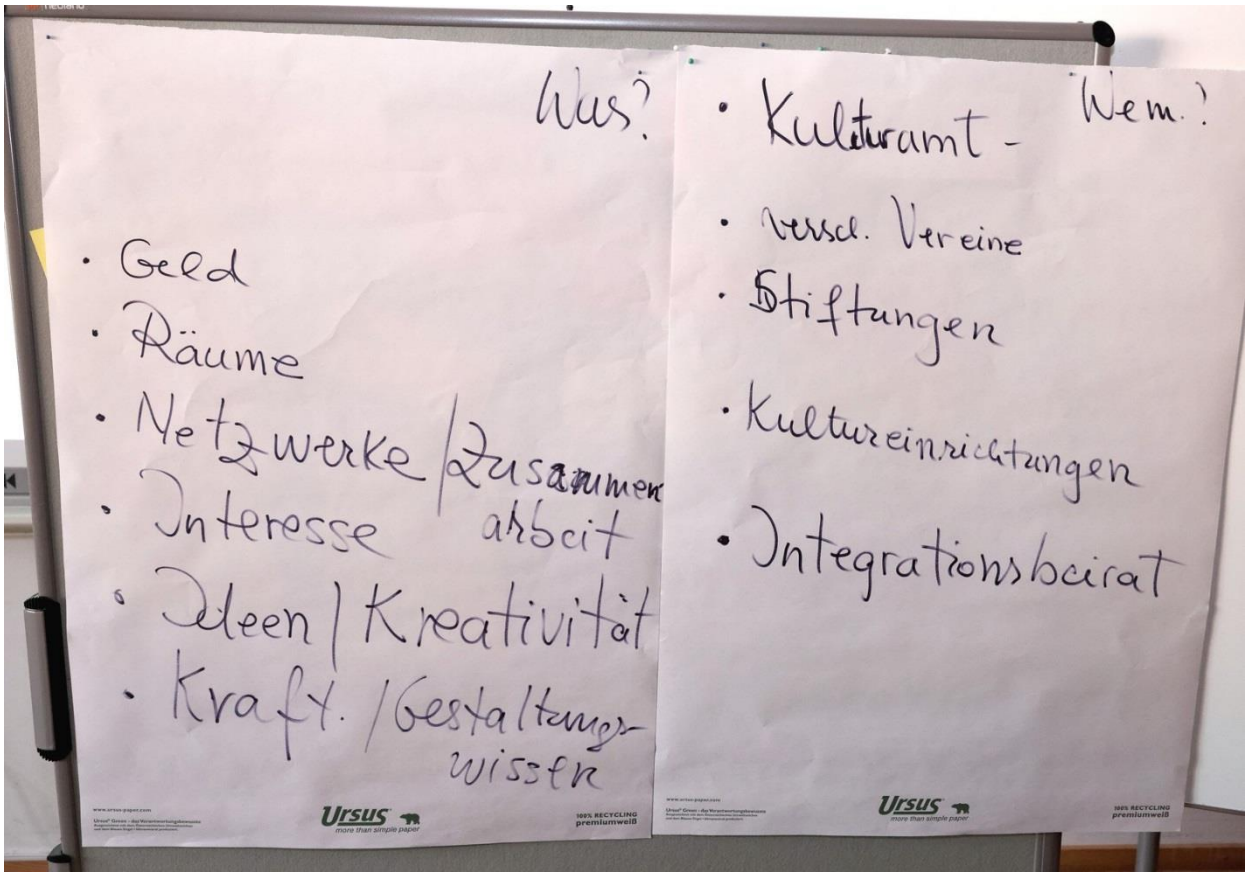
Für die Konzeption und Steuerung dieses Prozesses werden an den Kultureinrichtungen Agenten/-innen beauftragt. Die Schwerpunkte für die Arbeit im Programm 360° am Staatstheater arbeitete Evropi Thomopoulou heraus. Das Leitbild für den Prozess lautet „Staatstheater Nürnberg – offen und vielfältig“. Auch die Zusammenarbeit mit anderen Initiativen soll gefördert werden, um einen Austausch und Wissenstransfer herzustellen.

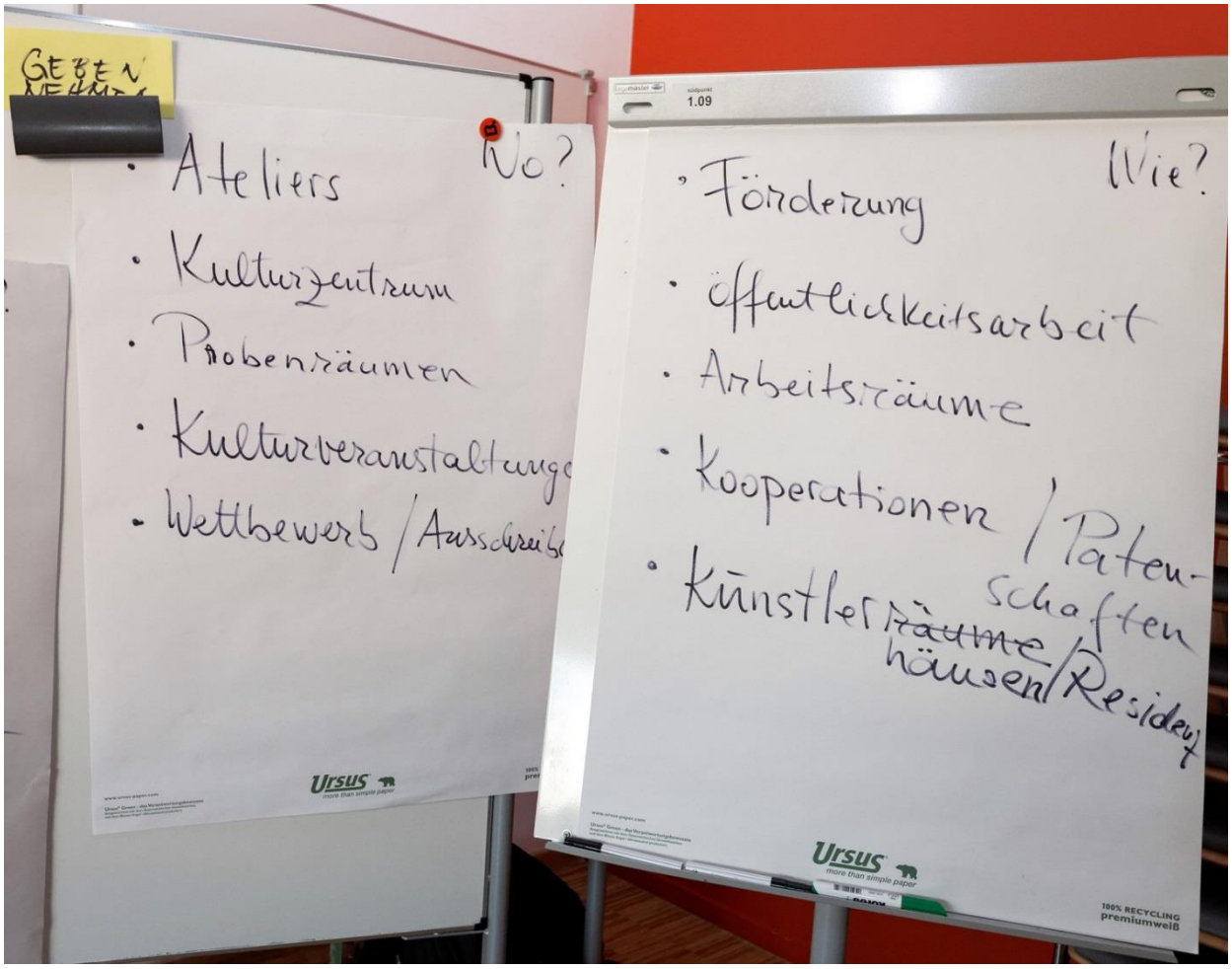
Torsten Groß, Amt für Kultur und Freizeit der Stadt Nürnberg, stellt beispielhaft die Arbeit des Inter-Kultur-Büros vor. Ziel ist die Förderung der interkulturellen Kunst- und Kulturszene in Nürnberg sowie grundsätzlich die Weiterentwicklung der Kulturpolitik in Nürnberg.

Im anschließenden Workshop entwickeln die Teilnehmenden moderiert von Andra-Maria Jebelean, Theaterpädagogin am Staatstheater Nürnberg, in Gruppen Strategien, wie die kulturelle Teilhabe verschiedener Akteursgruppen der Stadtgesellschaft erhöht werden könnte. Die vier betrachteten Gruppen sind: Deutsch-Sprachanfänger/-innen, Kulturschaffende, Jugendliche zwischen 18 und 27 Jahren und Arbeitslose. Für eine Strategieentwicklung arbeiten die Gruppen zunächst heraus, was die Personen ihrer Akteursgruppe mitbringen und welche Bedürfnisse und Prioritäten vorhanden sind. Im nächsten Schritt wird analysiert, mit wem die Gruppe verknüpft ist und wie sie erreicht werden kann, sowie der Raum, in dem die Gruppe kulturell partizipieren kann.

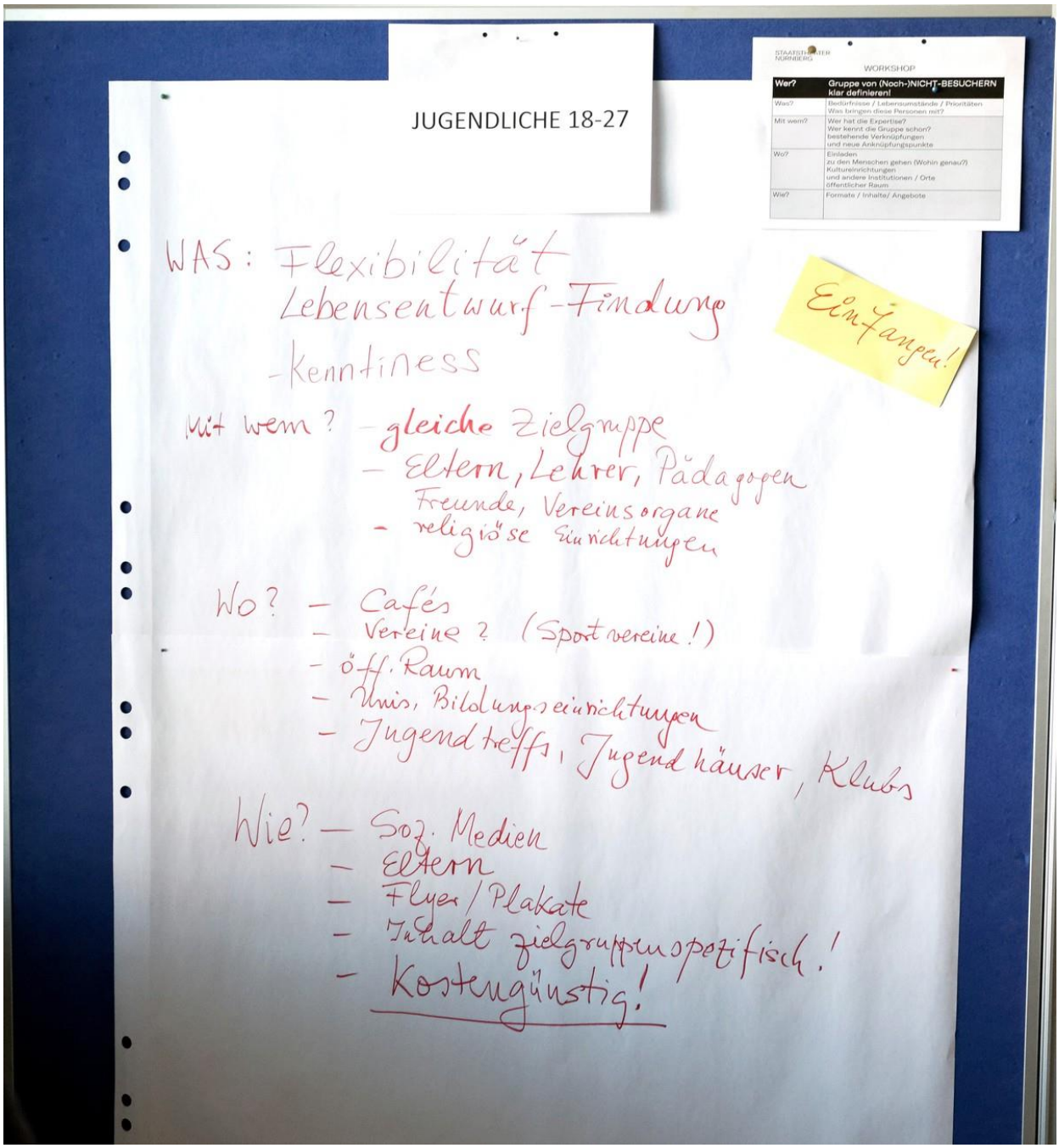
Die Arbeit in den Gruppen wird zusammenfassend in einem Standbild dargestellt, sowie von den Teilnehmenden mit einem Filmtitel versehen, um die Kernpunkte bei der Betrachtung ihrer Zielgruppe zu verdeutlichen. Die Arbeitsgruppe um die Zielgruppe der Kulturschaffenden einigt sich auf den Titel „Geben und Nehmen“. Für die Arbeitsgruppe Jugendliche steht der Begriff „Einfangen“ im Vordergrund. Die Teilnehmenden, die die Gruppe der Arbeitslosen bearbeiteten, sehen die Agentur für Arbeit als zentralen Ankerpunkt. Die Arbeitsgruppe um die Zielgruppe Deutschanfänger/-innen sieht bestimmte Schlüsselpersonen als zentral für die Entwicklung kultureller Teilhabe. Die Gruppenergebnisse sind auf den folgenden Seiten dokumentiert.

Kulturschaffende

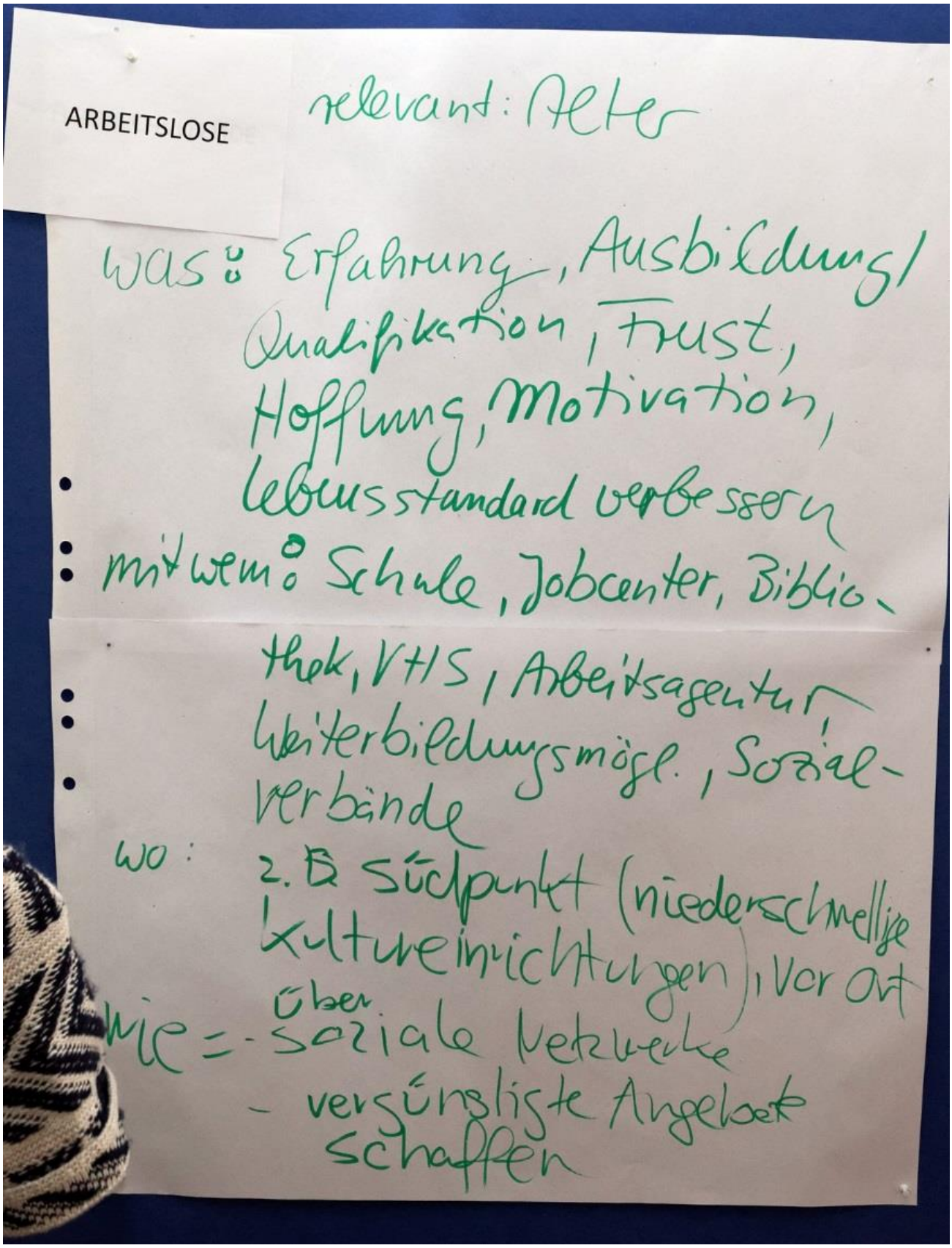




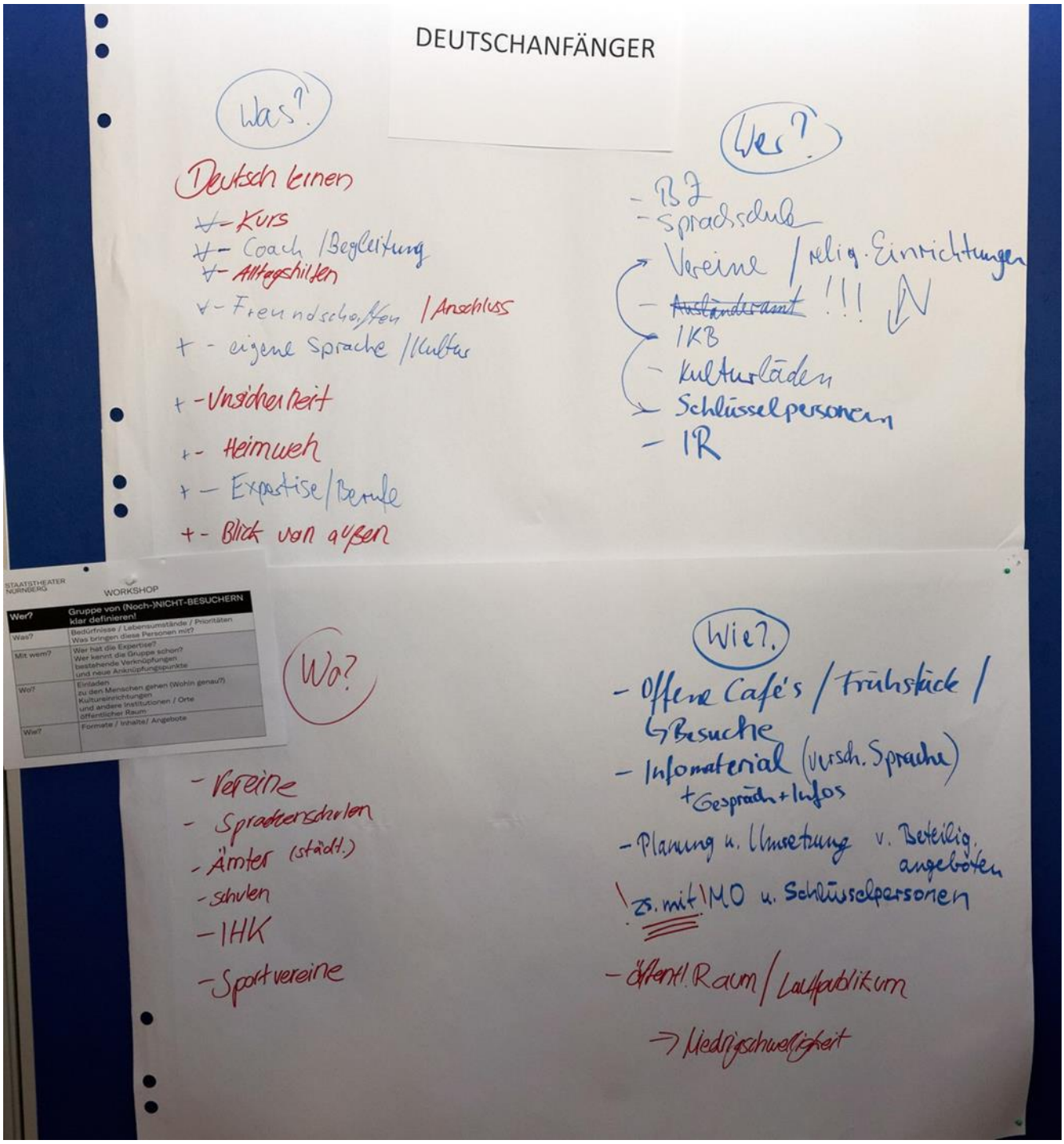
Jugendliche



Arbeitslose



Deutschanfänger/-innen



Workshop 5: Sprach- und Integrationsmittlung als Türöffner für Teilhabe

Für Nürnberg, Fürth, Erlangen und Schwabach wird in den nächsten Jahren eine Servicestelle SprInt - Sprach- und Integrationsmittlung aufgebaut. Die Qualifizierung wird durch das bfz Nürnberg durchgeführt. Die Sprach- und Integrationsmittler/innen erwerben Kenntnisse über Grundlagen und Strukturen im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen. Zum Einstieg in das Thema stellt Prof. Theda Borde, Alice Salomon Hochschule Berlin, vor, was die SprInt Qualifizierung ausmacht und wie sie aufgebaut ist. Das bfz in Nürnberg wird die Ausbildung zu SprInt Dolmetscher/-innen in Nürnberg, Fürth, Schwabach und Erlangen anbieten. Dazu berichtet Reinhard Heinl vom bfz über Ablauf und Voraussetzungen für die Qualifizierung. Moderiert wird der Workshop von Derya Yıldırım, Bildungsbüro der Stadt Nürnberg.

Frau Prof. Borde forscht seit über 30 Jahren im Themenbereich Migration und Gesundheit. Aus ihrer Erfahrung zieht sie das Fazit, dass Sprachmittlung in Versorgungseinrichtungen des Gesundheitsbereichs oft nicht funktioniert. Missverständnisse und Fehlübersetzungen beeinträchtigen so die Qualität der Gesundheitsversorgung. Ein Lösungsansatz ist der Einsatz von Dolmetscher/-innen mit Systemkenntnissen. So entstand die Idee zur Sprach- und Integrationsmittlung, kurz SprInt. Sie ist ein Qualifizierungsangebot für Dolmetscher/-innen, das es seit Beginn der 1990er Jahre gibt. Seitdem wurde es laufend evaluiert und verbessert. In der letzten intensiven Überarbeitung des Ausbildungsmodells (2012-2015) lag der Schwerpunkt auf den Themen Qualitätssicherung und Schaffung einer bundesweiten Einheitlichkeit der Ausbildung. Um das SprInt Zertifikat zu erlangen, muss eine 18-monatige Vollzeitausbildung absolviert werden. Im Zuge der Fluchtbewegung aus dem Jahr 2015 ergaben sich weitere Bedarfe der Anpassung des SprInt Curriculums, das aktuell kurz vor der Vollendung steht. Insgesamt lässt sich schlussfolgern, dass sich die Sprach- und Integrationsmittler/-innen (SprInts) dadurch hervorheben, dass sie eine bundesweit einheitliche Ausbildung im kultursensiblen Dolmetschen durchlaufen haben. Die Präsentation zum Vortrag von Frau Prof. Borde finden Sie hier.

Das bfz Nürnberg wird die neue Servicestelle für die SprInt Qualifizierung in Nürnberg, Fürth, Erlangen und Schwabach sein. Herr Heinl vom bfz stellt in seinem Vortrag die Kompetenzen des bfz für diese Stelle dar und berichtet, dass der erste Kurs zur Ausbildung von SprInts in der Region Ende Oktober beginnen soll. Die Präsentation zum Vortrag von Herrn Heinl finden Sie hier.

Finanzierung und Einsatzmöglichkeiten

In der anschließenden Fragerunde zeigen sich viele Zuhörer/-innen erfreut darüber, dass es nun eine SprInt Qualifizierungsstelle im Großraum Nürnberg gibt. Skepsis besteht aber hinsichtlich der Finanzierung der Übersetzungsleistung der SprInts. Wichtig ist, dass nicht die Person, die die Übersetzungsleistung benötigt, dafür zahlen muss. Frau Prof. Borde teilt dazu ihre Erfahrungen mit. Für die Finanzierung der Übersetzungsleistungen gibt es verschiedene Möglichkeiten. Große Einrichtungen, wie AWO, Diakonie, etc. können die SprInts einstellen. Bspw. in Berlin sind fertige SprInt Absolventen/-innen sehr gefragt und auch die Finanzierung funktioniert. Im Ruhrgebiet sind SprInts fest bei der SprInt Genossenschaft eingestellt. Auf deren Plattform kann die Übersetzungsleistung gebucht werden.

Das bfz plant die Einrichtung eines Vermittlungsservice – vermutlich über eine Internetplattform – und klärt zurzeit noch die Finanzierung und ist zusätzlich im Gespräch mit weiteren potenziellen künftigen Auftraggebern (Ärzte, Kliniken, etc.) für SprInt. In diesem Zusammenhang kommt die Frage auf, ob fertig ausgebildete SprInts von ihren Dolmetsch-Leistungen leben können. Das kommt sehr auf die Sprache an, aktuell sind bspw. Arabisch oder Farsi sehr gefragt. Wer diese Sprachen beherrscht, könnte auch seinen Lebensunterhalt damit verdienen.

Qualifizierung und Kompetenzen der SprInts

Hinsichtlich der besonderen Kompetenzen von SprInts gibt es Nachfragen. Eine Frage richtet sich danach, ob die SprInt-Ausbildung darauf vorbereitet, Übersetzungsfehler zu vermeiden und darauf, dass es für viele deutsche Wörter keine adäquate Übersetzung in die entsprechende Muttersprache gibt. Dies berücksichtigt die SprInt Ausbildung. Schüler/-innen lernen die Begriffe im richtigen Zusammenhang zu umschreiben. In ihrem Vortrag spricht Frau Prof. Borde davon, dass die Lernkompetenz der SprInts im Rahmen der Ausbildung besonders gefördert wird. Viele Schüler/-innen mussten schon lange nicht mehr lernen oder haben sich evtl. auch noch nie intensiv mit Texten auseinandergesetzt. Das „Lernen lernen“ ist daher Bestandteil des Kurses. Auch die sogenannte „Diversity-Kompetenz“ wird in der Fragerunde angesprochen. Die SprInt Schüler/-innen müssen sich darauf einstellen, dass unsere Gesellschaft sehr vielfältig ist und man unterschiedliche Gruppen anders ansprechen muss. Weiterer sehr wichtiger Faktor der SprInt Ausbildung ist die Selbstsorge. Dolmetscher/-innen werden oft zu schwierigen Situationen gerufen, bspw. Erzählungen zu Folter. Häufig haben die Dolmetscher/-innen selbst ähnliche schlimme Erfahrungen hinter sich. In der Ausbildung lernen sie, auch in schwierigen Situationen eine professionelle Distanz zu entwickeln. Weiterhin interessiert es die Teilnehmenden, wie gemessen wird, ob die Bewerber/-innen für die SprInt Ausbildung die Muttersprache beherrschen. Zu Beginn und im Laufe der Ausbildung werden die Kompetenzen in der Muttersprache und in Deutsch geprüft.

SprInt Ausbildung am bfz Nürnberg

Hinsichtlich des bevorstehenden Beginns der SprInt-Kurse in Nürnberg interessiert, wie viele Plätze es für den ersten Kurs gibt. Es wird 20 Plätze geben, die auch besetzt werden müssen, um den Kurs durchführen zu können. Bisher wurde noch kaum Werbung gemacht, es gibt aber schon sechs potenzielle Kursteilnehmende.

Praktika

Eine Frage zu den drei Pflichtpraktika im Rahmen der SprInt-Ausbildung richtet sich danach, ob sich die SprInt Schüler/-innen selbst um Praktika kümmern müssen, oder ob das bfz sie dabei unterstützen wird. Es wird wohl eine Mischung aus beidem sein. Das bfz verfügt bereits über ein großes Netzwerk an potenziellen Arbeitgeber/-innen, worauf mit Sicherheit zurückgegriffen werden kann. Andererseits ist das eigene Engagement bei der Suche nach Praktikumsplätzen durch die SprInt Schüler/-innen auch erwünscht.

Fazit

Die Resonanz auf die künftige Möglichkeit, auch im Großraum Nürnberg eine SprInt-Qualifizierung zu erlangen, kann durchwegs als positiv bewertet werden. Skepsis besteht lediglich noch hinsichtlich der Finanzierung der Übersetzungsleistung. Wenn hier Möglichkeiten entwickelt werden können, steht einer positiven Etablierung von SprInt in der Region nichts mehr im Wege.